

NZZ am Sonntag 30.4.2017

Der Energiestrategie 2050 fehlt ein klares Ziel

Die Energievorlage, über die wir abstimmen, ist ein von Kompromissen geprägter Murks. Ausgerechnet die grössten Probleme werden nicht gelöst,

von Kathrin Alder 29.4.2017



Die grosse Herausforderung besteht darin, die Atomenergie zu ersetzen, ohne das Klima zusätzlich zu belasten. (Bild: Alessandro Della Bella / Keystone)

Eine Strategie dient dazu, ein gewünschtes Ergebnis zu erreichen, ein Ziel. In drei Wochen stimmen wir über eine solche ab: Die Energiestrategie 2050 soll die Schweiz in eine saubere und effiziente Energiezukunft führen, weg von der Atomenergie.

Das klingt vernünftig. Wer hat schon etwas dagegen, wenn die Politik für einmal vorausschauend handelt, den Klimawandel bekämpft, auf Nachhaltigkeit setzt? Was vernünftig klingt, muss es indes noch lange nicht sein – dies offenbart ein vertiefter Blick in die Vorlage. Dem Stimmbürger wird als Strategie verkauft, was keine ist. Und dafür bezahlt er am Ende die Zeche.

Vor sechs Jahren hat der Bundesrat unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Fukushima

den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Heisst das Stimmvolk die Vorlage gut, verabschiedet sich die Schweiz von der Atomenergie – nicht zeitlich terminiert zwar, aber endgültig. Der Bau neuer AKW ist verboten.

Die grosse Herausforderung besteht nun darin, jene Atomenergie zu ersetzen, ohne das Klima zusätzlich zu belasten. Atomenergie ist CO₂-frei und damit klimafreundlich. Das sollen auch ihre Ersatzquellen sein.

Wird die Energiestrategie 2050 an der Urne angenommen, werden erst einmal Kapazitäten aufgebaut. Wie es danach weitergehen soll, steht in den Sternen.

Die Energiestrategie 2050 sieht zwei Hauptmassnahmen vor, die Absichten sind ambitiös: Einerseits sollen wir alle Energie und Strom sparen und unseren jährlichen Energieverbrauch bis 2035 pro Person um 43 Prozent senken. Andererseits will sie die erneuerbaren Energien ausbauen. Die Wasserkraft ausgenommen, produzieren die erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Biomasse oder Geothermie heute 4,3 Prozent des Schweizer Stroms. 2035 sollen es mindestens 17 Prozent sein – wenn man davon ausgeht, dass der Stromverbrauch gleich bleibt. Da dieser aber stetig steigt, ist es kaum möglich, die wegfallende Kernenergie mit Erneuerbaren zu ersetzen. Schliesslich beträgt der Anteil der Kernenergie am Schweizer Strommix heute gut 30 Prozent.

Zudem ist fraglich, ob das Ausbauziel erreicht werden kann. Einen Anteil sollen auch Windkraft und Geothermie leisten – beide Technologien sind umstritten und bis dato wenig ergiebig: Die Geothermie kommt auf keinen grünen Zweig, die Windenergie ist bedeutungslos. Heute sind in



der Schweiz 64 Windräder in Betrieb. Bis zu 900 wären nötig, um das definierte Potenzial auszuschöpfen. Das ist utopisch.

Die meisten Windenergieprojekte werden bekämpft, sogar von Befürwortern der Vorlage. Die Energiestrategie will den Bau von Photovoltaik- oder Windanlagen zwar erleichtern. Wer sich aber wehren will, kann das weiter tun – etwa mittels Verbandsbeschwerde.

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und die Wasserkraft zu stützen,

soll das Fördersystem der kostendeckenden Einspeisevergütung, kurz KEV, weitergeführt und ausgebaut werden. Finanziert wird dies von den Stromkunden, über den Netzzuschlag, den sie bereits heute bezahlen. Allein auf alle vierköpfigen Haushalte hochgerechnet ergibt das schon Mehrkosten von jährlich insgesamt 18 Millionen Franken.

Die Förderung soll zwar befristet sein – doch was, wenn die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien nicht erreicht werden? Dann verlängern die Politiker die Subventionen wohl, ein Trick, den sie gern anwenden. Beispiele dafür gibt es genug: der Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Hotellerie oder die Massnahmen zur Zusatzfinanzierung der IV.

Sind Subventionssysteme erst errichtet, ist es fast unmöglich, sie abzuschaffen. Die KEV ist so ausgestaltet, dass möglichst viele davon profitieren – vom Gebäudetechniker bis zum Wasserkraftanlagen-Betreiber. Nicht umsonst sagen Gegner der Vorlage, viele Befürworter seien gekauft.

Das grösste Manko der Vorlage besteht aber darin, dass sie für die wahren Herausforderungen des Strommarkts keine Lösungen bietet. Die relevanten Fragen beantwortet sie nicht: Welchen Strommarkt wollen wir? Welche Rolle wird dem Markt zuteil, welche dem Staat? Wie hoch soll unser Selbstversorgungsgrad sein? Wie kann der besorgten Industrie die Versorgungssicherheit garantiert werden?

Mit der jetzigen Vorlage wird erst ein Teil der bis 2050 gefassten Ausbau- und Reduktionsziele erreicht. Auf dem Etikett der Vorlage steht zwar 2050, tatsächlich reicht sie aber nur bis 2035.

Eine zweite Etappe steht zwar fest, wie sie aussehen soll, weiss indes niemand genau. Das zeugt nicht von Weitsicht. Der Bundesrat hat eine Lenkungsabgabe vorgeschlagen, die einen hohen Verbrauch belastet und sparsames Verhalten belohnt. Das Parlament wollte davon nichts wissen und hat die Abgabe verworfen.

Nun kursieren neue Ideen, Hauruck-Subventionen werden gesprochen: Vergangene Woche hat die zuständige Kommission des Nationalrats kurz vor der Abstimmung eine neue Fördermassnahme für die Wasserkraft beschlossen. Sie hat gute Chancen, im Parlament durchzukommen.

Gleichzeitig mischt sich die Stromlobby offensiv mit eigenen Vorschlägen und Rettungsplänen ein.

Wird die Energiestrategie 2050 an der Urne angenommen, werden erst einmal Kapazitäten aufgebaut und Gelder umverteilt. Wie es danach weitergehen soll, steht in den Sternen. Das ist keine Strategie, sondern ein von politischen Kompromissen geprägter Murks. Eine Strategie braucht ein klares Ziel. Ein solches aber lässt die Energiestrategie 2050 schmerzlich vermissen.